



Schilda liegt im Rheinland!

CDU beantragt Regionalratssondersitzung am 10. September 2004

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln hat für Freitag, den 10. September 2004 eine Sondersitzung beantragt. Auslöser für diesen Schritt ist die Ankündigung der Deutschen Bahn AG, auf die lückenlose Fertigstellung der Neubaustrecke Köln-Frankfurt/Main zu verzichten.

Da zwischen Köln-Deutz und dem Haltepunkt Steinstraße in Porz die Bahntrasse nur zweigleisig ausgebaut ist, müssen Güterverkehr, S-Bahn, Regionalexpress und ICE dieselben Gleise benutzen. Das führt zwangsläufig zu Verspätungen im Nahverkehr, da die ICE's stets Vor-

rang erhalten.

Die Weigerung der Deutschen Bahn zum Ausbau des Nadelöhrs auf der Neubaustrecke Köln-Frankfurt zeigt, dass man den betriebswirtschaftlichen Sachverstand der DB in Frage stellen muss. Wenn einerseits hunderte Millionen Euro für eine schnelle Zugverbindung zwischen zwei Metropolen verbuddelt werden, andererseits aber das volle Potential der Strecke wegen einer nicht ausgebauten Engstelle nicht ausgenutzt werden kann, bleibt nur ein Fazit: Schilda

liegt im Rheinland“, sagte Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln. Götz kritisiert außerdem Regierungspräsident Jürgen Roters: „Briefe an Bahnchef Mehdorn schreiben reicht einfach nicht“.

Die Sitzung des Regionalrates findet statt am

10. September 2004, ab 9.00 Uhr

im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln, 2. Etage, Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln

Rüttgers: „Ja zu BoA, Nein zu Konzentration“

Pressekonferenz in Niederaußem verdeutlicht regionale Einigkeit

Anlässlich einer Debatte im Landtag zum Thema Energiepolitik bekräftigte der Vorsitzende der CDU NRW, Dr. Jürgen Rüttgers MdL, auf einer Pressekonferenz der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln die Unterstützung der CDU für das Kraftwerkserneuerungsprogramm.

Jürgen Rüttgers, der neben dem Regionalratsvorsitzenden Gerhard Lorth MdL, dem Vorsitzenden des

Braunkohlensausschusses, Prof. Erhard Möller sowie den CDU-Bürgermeisterkandidaten Gunnar Koerdts (Bedburg), Jürgen Schiffer (Elsdorf) und Werner Theisen (Pulheim) auf dem Podium saß, betonte gleichzeitig die Voraussetzung für diese Haltung: „Die neuen Kraftwerke dürfen nicht alle an einem Standort wie zum Beispiel hier in Niederaußem entstehen“. Damit sprach er sich deutlich gegen eine Konzentration von BoA-Blöcken an nur zwei Standorten aus: „Es wird vier Standorte geben.“

Gerhard Lorth erläuterte zusammen mit Prof. Erhard Möller die intensive Debatte im Regionalrat Köln sowie die Motive, die zur Ableh-

nung der Einleitung eines GEP-Änderungsverfahrens in Niederaußem führten. „Wir haben uns im Regionalrat mehr als ein Jahr lang mit dem Antrag von RWE zur Kraftwerkserweiterung beschäftigt. In dieser Zeit hat uns RWE keine klare Antwort auf unsere Frage nach einem Zeitplan für Neubau, Abschaltung und Abriss gegeben“, stellte Lorth fest.

Die anwesenden Bürgermeisterkandidaten der CDU unterstrichen die vorgebrachten Bedenken und bedankten sich für die klare Haltung des Landesvorsitzenden und der CDU im Regionalrat Köln. Der Vorsitzende der CDU Rhein-Erft, Michael Breuer MdL, betonte in der Diskussion, dass Niederaußem auch in Zukunft ein Kraftwerksstandort bleiben werde.

Themen in dieser Ausgabe:

- Seite 1: Sondersitzung des Regionalrates am 10.09.2004; Pressekonferenz zur Energiepolitik
- Seite 2: Wichtige GEP-Änderungen im Regierungsbezirk
- Seite 3: Verkehrsprogramme 2005
- Seite 4: Entscheidungen der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen (KRS)

Ein Schritt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit

Regionalrat stimmt Erweiterung des Flughafens Köln/ Bonn zu



... Blick auf die Erweiterungsfläche im Norden des Köln-Bonner Flughafens ...

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 16. Juli 2004 mehrheitlich der Norderweiterung des Flugplatzgeländes Köln/Bonn zugestimmt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Landesplanungsbehörde besteht für den Flughafen jetzt Pla-

nungssicherheit für die weitere Entwicklung in der Zukunft.

Die Frage der Norderweiterung wurde kontrovers diskutiert, weil sich die vorgesehene Fläche in einem gemeldeten Vogelschutz- und FFH-Gebiet befindet. Daher müssen bei der Inanspruchnahme des Bereiches für Flughafen zwecke besondere Ausnahmetatbestände gemäß § 48d. Abs. 5 LG NW erfüllt werden. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat diesbezüglich den Nachweis erbracht, dass das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaft-

licher Art, notwendig ist.

Der Flughafen benötigt die Erweiterungsflächen, um dort die Feuerwehr unterbringen zu können. Die durch diese Verlagerung geschaffenen Kapazitäten kommen dem eigentlichen Flugbetrieb zu Gute.

Im Verlaufe der Beratungen wurde deutlich, dass keine zumutbaren Alternativen vorhanden waren, um den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle zu erreichen. Außerdem konnte aufgezeigt werden, dass über entsprechende, durch die Flughafen Köln/Bonn GmbH durchzuführende Maßnahmen, die Sicherung des Zusammenhangs des europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ möglich ist.

Ablehnung für neues Baugebiet in Bonn-Geislar

CDU will BGS nicht verdrängen und lehnt GEP-Änderung ab



... große Probleme mit einer GEP-Änderung hätte der Bundesgrenzschutz (BGS) ...

In der Sitzung des Regionalrates Köln am 16. Juli 2004 wurde einstimmig beschlossen, die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) in Bonn-Geislar im Gebietsentwicklungsplan (GEP) Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg nicht darzustellen. Aus Sicht der CDU waren insbesondere die Bedenken des Bundesgrenzschutzes (BGS)

zu beachten.

Eine Beschränkung der Aktivitäten des BGS durch ein neues Wohngebiet könnte unter Umständen zu einem Abzug des Grenzschutzes führen. Die CDU ist jedoch an einer langfristigen Bindung des BGS in der Region interessiert und hat sich daher

gegen die Ausweisung einer neuen benachbarten Siedlungsfläche entschieden.

Gegenüber der Erweiterung des Siedlungsbereiches in Bonn-Geislar gab es darüber hinaus weitere Bedenken, insbesondere bezüglich der potenziellen Gefährdung der Bevölkerung bei extremen Hochwässern.

Regionalrat lehnt GEP-Änderungsverfahren ab

Kein Freizeit- und Seniorenzentrum in Selfkant-Tüddern

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 16. Juli 2004 die Einleitung eines GEP-Änderungsverfahrens für den Teilabschnitt Region Aachen bezüglich des geplanten Projektes Teuderion einstimmig abgelehnt. Der Regionalrat folgt damit dem Beschluss der Gemeindevertretung der Gemeinde Selfkant, welche die Rücknahme

des Antrages zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes beschlossen hatte.

Mit dem Projekt Teuderion wurde die Errichtung eines Freizeit- und Seniorenzentrums im Gebiet der ehemaligen Löwen-Safari in Selfkant-Tüddern angestrebt. Während der Beratungen ergaben

sich jedoch Schwierigkeiten bezüglich des geplanten Standortes.

Die Beschlüsse des Gemeinderates und des Regionalrates bedeuten jedoch nicht die Aufgabe des Projektes. Die Gemeinde Selfkant sucht nun nach Möglichkeiten, das Projekt Teuderion außerhalb des Bereiches Westerheide zu realisieren.

Landesregierung spart weiter an der Infrastruktur

Landesprogramm für Landesstraßen in 2005 ist Mangelverwaltung

Die Misere in der Infrastrukturpolitik bleibt weiterhin eines der größten Probleme in Nordrhein-Westfalen. Ähnlich wie in den letzten Jahren betreibt die Landesregierung im Straßenbau Mangelverwaltung und setzt damit die Zukunftsfähigkeit des Landes NRW aufs Spiel.

Für die Baumaßnahmen im Programm „Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten“ (UA II a) standen in den Jahren 2003 und 2004 für ganz NRW jeweils 10 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Summe ist auch für das Jahr 2005 eingeplant. Nach einem veränderten Verteilungsschlüssel erhält der Regierungsbezirk Köln allerdings nur noch einen Anteil von 2,318 Millio-

nen Euro, in den Vorjahren Betrag die Zuweisung noch 2,322 Millionen Euro. Dieser Planung zu Folge kann der Regionalrat für ein Programm, in dem Maßnahmen bis zu 3 Millionen Euro Gesamtkosten enthalten sein können, nicht eine einzige Maßnahme beschließen, die 3 Millionen Euro kosten würde.

Dementsprechend konnte in der Sitzung der Verkehrskommission am 9. Juli 2004 auch nur die Fortschreibung der Prioritätenfestlegungen aus den Vorjahren beschlossen werden. Wann diese Maßnahmen begonnen werden können, ist allerdings

kaum abzusehen. Die Realisierung darüber hinausgehender Maßnahmen kann in den nächsten Jahren keinesfalls erwartet werden.

Im Jahr 2004 können daher voraussichtlich vier kleinere Maßnahmen realisiert werden:

1. Neubau der Kaltbachbrücke bei Windeck/ Röcklingen, L 333
2. Umbau des Knotenpunktes B 56 in Sankt Augustin, L 143
3. Kreisverkehr L 11/ K 38 bei Satzwey, L 11
4. Umbau in Nümbrecht/ Elsenroth, KVP Wildtor, L 95

Faktisch eine Millionen Euro weniger zur Entscheidung in den Regionalräten

Landesregierung verteilt Gelder lieber selbst

Ähnlich wie im Landesstraßenbau sieht es beim Programm „Radwegebau an bestehenden Landstraßen“ (UA II r) aus.

Die Mittelzuweisung für 2005 wurde hier durch einen erneuten Eingriff der Landesregierung zur Finanzierung eines Sonderprogramms („innovativer Radwegebau“) um eine Million Euro geschmälert. Diese Mittel fehlen dem Regionalrat im Jahr 2005

damit zur Realisierung regionaler Projekte. Für NRW stehen im Jahr 2005 insgesamt 2,4 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfallen auf den Regierungsbezirk Köln 23,18 %, also 0,556 Millionen Euro.

Die Verkehrskommission beschloss daher, die in den

Vorjahren beschlossenen Prioritäten der Reihe nach zu realisieren.

Realisiert werden können im Jahr 2004 voraussichtlich lediglich zwei Maßnahmen:

1. Netzschluss bei Windeck/ Röcklingen, L 333
2. Neubau Radweg Flamersheim – Kirchheim, L 11



... Vorfahrt für Radfahrer ...

ÖPNV Programm 2004-2008

Verkehrskommission billigt Vorschläge der Bezirksregierung

Zur Sitzung der Verkehrskommission konnte die Bezirksregierung Köln noch keine Maßnahmen zur Realisierung vorschlagen, da das Ministerium für Verkehr, Energie, Landesplanung (MVEL) NRW noch keinen konkreten Finanzrahmen vorgelegt hat.

Die Bezirksregierung geht von einer Ausstattung des Pro-

gramms für den Regierungsbezirk Köln in Höhe von 10 Millionen Euro aus. Auf dieser Basis plant die Bezirksregierung folgende Projekte aus dem ÖPNV-Landesprogramm zu realisieren:

1. Weichenstraße Düren-West (1. Bauabschnitt), Kosten: 3,0 Mio €
2. ZOB Kerpen-Horrem, Kosten: 1,6 Mio €
3. P+R Kerpen-Horrem, Kosten: 2,0 Mio €
4. P+R Eitorf, Kosten: 1,6 Mio €
5. Stadtbahnhaltestelle „Bertha-von-Suttner-Platz“, Bonn, Kosten: 3,3 Mio €



... für große Vorhaben ist kaum Geld vorhanden, der ÖPNV/ SPNV leidet darunter besonders ...

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen

Jahresförderprogramme 2004



... Landesregierung schafft die Wohnraumförderung für Mehrfamilienhäuser ab vier Etagen ab ...

Jahresförderprogramme 2004

In der Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen am 18. Juni 2004 wurden unter anderem die Jahresförderprogramme für das Jahr 2004 für die Bereiche Wohnungsbau und Wohnungsmodernisierung, Krankenhausbau, Landschaftspflege, Altlasten, Tourismus sowie Kultur beschlossen.

In den meisten Bereichen zeigte sich leider ein zum Teil deutlicher Rückgang der zur Verfügung stehenden Fördermittel. Beispielhaft hierfür ist die Wohnungsbauförderung. Betrug die Gesamtförderung im Regierungsbezirk für das Jahr 2002 noch 237 Mio. €, so reduzierte sich dieser Betrag im Jahre 2003 bereits auf 208 Mio. €, während 2004 sind sogar nur noch 54 Mio. € zur Verfügung stehen.

Insgesamt hat die Landesregierung hier die Mittel um über 70% gekürzt! Für die Landschaftspflege haben sich die zur Verfügung stehenden Mittel von 2,5 Mio. € im Jahr 2003 auf 2,1 Mio. € für das Jahr 2004 verringert.

Neben den Kürzungen zeigt sich jedoch, dass in den wenigen Bereichen, wo noch Gelder zur Verfügung stehen, diese von der Landesregierung nicht zugewie-

sen werden. Im Bereich der Wohnungsmodernisierung standen 23,5 Mio. € zur Verfügung, von denen jedoch nur 2,5 Mio. € zugewiesen wurden. Lediglich im Bereich der Förderung des Krankenhausbaus sind die zur Verfügung stehenden Gelder mit 45,2 Mio. € für das Jahr 2003 und 45,5 Mio. € für das Jahr 2004 gering gestiegen.

Wohnraumförderung

In der Sitzung der KRS am 18. Juni 2004 wurde ein Antrag der CDU Fraktion beschlossen, in dem die Landesregierung NRW aufgefordert ist, Teile der geänderten Wohnraumförderungsbestimmungen wieder zurückzunehmen.

Die bisherigen Bestimmungen wurde dahingehend geändert, dass der Erwerb von Wohnraum nur noch bei Eigentumswohnungen in Gebäuden mit nicht mehr als vier Vollgeschossen gefördert wird. Für Ballungsgebiete und Großstädte ist eine solche reduzierte Bauweise jedoch völlig unangemessen. Benachteiligt sind von dieser Regelung insbesondere junge Familien, die Eigentum in

einer Großstadt erwerben wollen.

Der Regionalrat ist in seiner Sitzung am 16. Juli 2004 diesem Beschluss der KRS gefolgt und hat, gegen die Stimmen der SPD, eine dementsprechende Resolution an die Landesregierung NRW verabschiedet.

Arbeitsmarktpolitik

Weiterhin haben KRS und Regionalrat auf Antrag der CDU-Fraktion eine Resolution zur Struktur der regionalisierten Landesarbeitsmarktpolitik beschlossen.

Hintergrund ist, dass am 31.07.2004 die Förderung der bisherigen 30 Regionalsekretariate ausläuft und das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft NRW plant, diese durch 16 Regionalagenturen zu ersetzen. Allerdings sollen die Agenturen kein festes Budget für Projekte und Maßnahmen gegen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhalten, sondern die Mittel nur auf Antrag im Rahmen von Qualitätswettbewerben zugewiesen bekommen.

In der Resolution wird daher die Landesregierung aufgefordert, jeder Regionalagentur ein festes und verlässliches Budget bereit zu stellen.

... alle Sitzungen des Regionalrates und seiner Kommissionen finden im Hauptgebäude der Bezirksregierung statt ...



Aktuelle Infos unter:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat

Vorsitzender

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,
Rhein-Sieg-Kreis

Hans-Josef Heuter,
Kreis Heinsberg

Beisitzer:

Dieter Heuel,
Rhein-Sieg-Kreis
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Erhard Möller,
Stadt Aachen
(Vors. Braunkohlensausschuss)

Dr. Dieter Pesch,
Kreis Euskirchen
(Stellv. Vors. Kommission für
Regionalpl. u. Strukturfragen)

Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Gerhard Lorth, MdL,
Stadt Bonn

Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführer
Andreas Klepke M.A.
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de